

Bericht im Rahmen des Projekts EUROREG Burgenland – eine mehrsprachige Grenzregion in Österreich

Brigitta Busch, Universität Wien

März 2007

Das österreichische Bundesland Burgenland, an der Grenze zu Ungarn und der Slowakei gelegen, ist eine mehrsprachige Region. Drei Volksgruppen sind in dieser Region als solche durch die österreichische Gesetzgebung anerkannt. Ihre Rechte sind durch die Europäische Charta für Regional- und Minderheitensprachen und die Europäische Rahmenkonvention zum Schutz nationaler Minderheiten geschützt. Diese Gruppen sind: die Kroaten, die Ungarn und die Roma. Die Rechte der Burgenlandkroaten wurden durch den Staatsvertrag von 1955 anerkannt, jene der Ungarn in der Gesetzgebung von 1976 und die Roma sind erst seit 1993 vom österreichischen Staat als Volksgruppe anerkannt. Laut Volkszählung 2001 haben von einer Gesamtbevölkerung von 277.500 ca. 16.300 Personen im Burgenland Burgenlandkroatisch als ihre hauptsächliche Umgangssprache angegeben, 6.650 Ungarisch und 303 Roman, die burgenländische Romani-Varietät. Weitere 3.500 Personen gaben ihre Umgangssprache mit Kroatisch an und 8.400 nannten andere Sprachen.¹ Das Burgenland erweist sich so als eine multilingualen Region. Vertreter der aller drei Volksgruppen schätzen die Zahl der SprecherInnen als wesentlich höher als aus der Volkszählung hervorgeht. Für Romani zeigt sich ein statistischer Zuwachs von SprecherInnen, der vor allem darauf zurückzuführen ist, dass wegen ethnischer Diskriminierung und sozialer Stigmatisierung SprecherInnen des Romani sich erst in den letzten Jahren dazu auch zu bekennen wagen. Für die beiden anderen Gruppen ist die Zahl der SprecherInnen 2001 niedriger als in den vorangegangenen Volkszählungen. Auch lassen sich starke Generationsunterschiede festmachen, laut Volkszählung scheinen jüngere Generationen eher zum Deutschsprechen zu tendieren. Die Situation der drei Volksgruppensprachen unterscheidet sich wesentlich: Burgenlandkroatisch wird auch in den angrenzenden Regionen in Ungarn und in der Slowakei gesprochen, aber ist in allen drei Ländern eine Minderheitensprache. Burgenland hat keine gemeinsame Grenze mit Kroatien, Burgenland-Kroatisch wurde als eigene Varietät des Kroatischen kodifiziert. Ungarisch wird im Burgenland in den Grenzgebieten zu Ungarn gesprochen, ist eine Nachbarschaftssprache, die im Nachbarland Staatssprache ist. Die schrittweise internationale Anerkennung der Roma trägt dazu bei, dass sich die Situation dieser am meisten benachteiligten Gruppe langsam verbessert.

Unabhängige Initiativen und soziale Bewegungen haben in den 1980er Jahren eine neue Dynamik in der Minderheitenpolitik ausgelöst und sind als Alternative zur

¹Die Unterscheidung Burgenlandkroatisch – Kroatisch verweist nur teilweise auf eine Unterscheidung zwischen den beiden Varietäten und auf Migrationshintergrund. Die Differenzierung zwischen Burgenlandkroatisch und Kroatisch als im Zensus vorgesehene Sprachen wurde erstmals 2001 getroffen. Diese Unterscheidung wurde von Vertretern der Burgenlandkroaten angefochten mit dem Argument, dass die Eigenbezeichnung für die Sprache immer 'Kroatisch' war.

Minderheitenpolitik der traditionellen politischen Parteien auf den Plan getreten. Dennoch haben die katholische Kirche und die politischen Parteien nach wie vor beträchtlichen Einfluss. Die zerstreute Siedlungsgebiet und die Dominanz der agrarischen Struktur haben zentralisiertere Strukturen in der Minderheitenpolitik nicht begünstigt. Die Dorfgemeinschaft ist nach wie vor ein wichtiger Faktor in der Organisation von Minderheitenaktivitäten.

Die wirtschaftlich schwierige Situation und die periphere Lage des Burgenlands begünstigten die Auswanderung, die sowohl außer- als auch innerösterreichische Ziele hatte. Die Bundeshauptstadt Wien ist heute ein wichtiges Zentrum für Kroaten aus dem Burgenland. Die politische Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte hat das Burgenland aus seiner Randposition innerhalb Westeuropas herausgelöst und in eine zentralere Position innerhalb des weiteren Europa gerückt. Bis in die späten 1980er Jahre war die lange Außengrenze mit Ungarn und der Slowakei Teil des Eisernen Vorhangs, der eine geopolitisch determinierte Grenze darstellte, die zwei weltanschauliche Systeme durch eine quasi hermetische Linie trennte. Der Fall des Eisernen Vorhangs machte grenzüberschreitende Kontakte auf allen Ebenen möglich. Österreichs EU-Beitritt war ein weiterer Schritt: dadurch dass das Burgenland den Status eines Ziel-1-Gebietes erhielt, wurde es zu Österreichs größtem Bezieher von regionalen EU-Förderungen. Der EU-Beitritt von Ungarn und der Slowakei im Jahr 2004, der nächste Schritt in der europäischen Integration, wird voraussichtlich 2008 dazu führen, dass auch die Grenzkontrollen wegfallen werden, wenn diese beiden Länder Vollmitglieder des Schengener Abkommens sein werden. Die Förderung grenzüberschreitender Beziehungen und regionaler Mehrsprachigkeit sind zu wichtigen Elementen im offiziellen burgenländischen Diskurs geworden.

In den frühen 1990er Jahren, mit dem Zerfall bisheriger politischer Einheiten und dem Ausbruch des Krieges im früheren Jugoslawien, rückten Fragen interethnischer Beziehungen und interkultureller Kommunikation ganz oben auf die Tagesordnung. Der Krieg im früheren Jugoslawien, die Präsenz von Flüchtlingen aus Kroatien und Bosnien und der Bombenanschlag auf die Romasiedlung in Oberwart im Jahr 1995, machten klar, dass es notwendig war, zu handeln. Ein neues Schulgesetz, das den Status der Minderheitensprachen verbessert und den Zugang zum Unterricht in bzw. von Minderheitensprachen im gesamten Bundesland erleichtert, wurde verabschiedet. Im Jahr 2000 wurden zweisprachige topographische Aufschriften in 47 Gemeinden angebracht, ein halbes Jahrhundert nachdem diese im Staatsvertrag garantiert worden waren. Demgegenüber ist die Frage der zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten nach wie vor ungelöst.

Die EUROREG-Studie über das Burgenland

Das EUROREG-Projekt widmete sich der Frage, in wie weit der Prozess der europäischen Integration eine Aufwertung von regionalen und Minderheitenrechten zur Folge hat. In der vorliegenden Studie über das Burgenland kommt dem Bedeutungswandel der ehemaligen Ost-West-Grenze besonderer Stellenwert zu. Die politischen Veränderungen der letzten beiden Jahrzehnte haben die Konnotationen, die der Grenze anhaften, verändert und das Burgenland aus seiner marginalen Position herausgelöst. Die Hauptforschungsfragen in dieser Fallstudie waren:

- 1) Welche Auswirkungen hat die Neuorientierung der regionalen Wirtschaftspolitik im Zuge der europäischen Integration auf Ausrichtungen in der Minderheitenpolitik?
- 2) Sind diese Orientierungen in der Kulturpolitik dazu geeignet, neue Möglichkeiten für die regionalen Volksgruppen zu schaffen?

In diesem Bericht präsentieren wir die wichtigsten Ergebnisse der Fallstudie, die gezeigt hat, dass die europäische Integration zu Veränderungen in der Minderheitenpolitik geführt hat. Sie hat ebenfalls gezeigt, dass der Fall des Eisernen Vorhangs zu einer Neuplatzierung des Burgenlands auf der politischen Landkarte von der Peripherie zu einer zentraler Lage geführt hat und im Hinblick auf die Volksgruppenpolitik positive Auswirkungen hatte, weil Mehrsprachigkeit und kulturelle Diversität als Potential für die Region wahrgenommen werden. Auch die Weiterentwicklung des Menschenrechtsinstrumentariums in Form der Europaratscharta für Regional- und Minderheitensprachen und der Rahmenkonvention des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten hat die Situation der Volksgruppen, insbesondere die der Roma, verbessert. Minderheiten können bis zu einem gewissen Grad in den Genuss von strukturverbessernden Subventionen kommen, doch die Differenz zwischen ländlichen Regionen, wo Minderheiten oft angesiedelt sind, und den regionalen Subzentren sind nach wie vor beträchtlich.

Die Studie stützt sich auf eine intensive Auseinandersetzung mit einer breiten Palette an Sekundärquellen (akademische Veröffentlichungen und Studien, Texte aus Politik und Recht, Medientexte, politische Reden etc.) und auf eine Serie von qualitativen Interviews, die hauptsächlich 2005 stattfanden. 2007 wurden einige ergänzende Gespräche durchgeführt.

Die Fallstudie

Im Rahmen der österreichischen bundesstaatlichen Ordnung hat die burgenländische Landesregierung in den 1990er Jahren in Bezug auf die europäische Integration und die Grenzöffnung, die neue wirtschaftliche Möglichkeiten eröffnet haben, ihre eigene Entwicklungsstrategie verfolgt. Abweichend von früheren Ausrichtungen, die in Assimilation bzw. auch im Ausschluss von Minderheiten resultierten, stützt sich der heutige politische Diskurs vermehrt auf die Anerkennung und Förderung der kulturellen Diversität, die aus der Präsenz der Volksgruppen der Kroaten, Ungarn und Roma resultiert. Sie wird auch als ein Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung gesehen. Dieser neue Diskurs war auch mit einer großzügigeren Auslegung bzw. einer Einlösung von Volksgruppenrechten verbunden, im Jahr 2000 wurden beispielsweise bilinguale topographische Aufschriften angebracht. Das neue Minderheitenschulgesetz sieht vor, dass neben dem Unterricht in deutscher Sprache auch Unterricht in den Minderheitensprachen im gesamten Gebiet des Bundeslandes in Anspruch genommen werden kann. Vor allem für Ungarisch wird diese Möglichkeit zunehmend auch von Eltern wahrgenommen, die die Minderheitensprache(n) nicht sprechen. Diese Maßnahmen verweisen auf eine größere Offenheit für interkulturelle und postnationale Ausrichtungen und auf eine Vision von der Region, die Offenheit und ein kosmopolitisches Kulturverständnis als konstitutiv sieht.

Die autochthonen burgenländischen Volksgruppen der Kroaten, Ungarn und Roma haben auf unterschiedliche Art auf die vom Bundesland verfolgte Regionalpolitik, die stärker auf kulturelle Diversität setzen, reagiert. Für alle drei Volksgruppen ist seit den 1980er Jahren festzustellen, dass ein größeres Bewusstsein für Minderheitenrechte und deren Einforderung besteht. Anders als die Vertreter der burgenländischen Kroaten waren die der Ungarn und der Roma bis dato nicht aktiv in die regionalen Entscheidungsstrukturen und wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien

eingebunden. Sie traten auch nicht als Projektträger in EU-Programmen in Erscheinung. Für die ungarische Volksgruppe hat die Grenzöffnung neue Möglichkeiten eröffnet, in den grenzüberschreitenden wirtschaftlichen Aktivitäten gewinnt Ungarisch an Bedeutung. Dennoch war es für die nur wenig organisierte und über ein nicht zusammenhängendes Siedlungsgebiet verstreute ungarische Volksgruppe nicht einfach, sprachliche Rechte einzufordern und durchzusetzen. Auch für die im Burgenland lebenden Roma, die nur wenig in Organisationen und Vereinen organisiert sind und nach wie vor unter Diskriminierung zu leiden haben, war es nicht möglich, in die regionalen Strukturen und Parteien vorzudringen.

Die kroatischsprachige Bevölkerung im Burgenland hingegen konnte die Möglichkeiten, die sich durch die Neuorientierung in der Regionalpolitik ergeben haben, nutzen und konnte sich in die administrativen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen einbringen. In den 1980er Jahren stellte eine neue Generation von Kroatischsprachigen mit öffentlichen Stellungnahmen und Aktionen die Assimilationspolitik der älteren Generation in Frage und begann Minderheitenrechte einzufordern. Damit eröffneten sich andere Zugehörigkeiten im politischen Feld als die bis dahin charakteristische Bindung an die beiden großen Parteien, die Sozialistische Partei (SPÖ) und die konservative Volkspartei (ÖVP), die gleichzeitig Mittel zur Integration und Quelle für die interne Polarisierung innerhalb der Volksgruppe war. Die Konstituierung des Volksgruppenbeirats 1993 war ein Schritt, die interne Aufsplitterung zu überwinden und die Identität der Volksgruppe bewusster zu leben. Dass sich die (konservative) Bundesregierung im Jahr 2000 verpflichtet sah, bilinguale topographische Aufschriften in 47 Gemeinden im Burgenland anzubringen, war eine späte Folge der Auseinandersetzungen um die kulturellen Rechte in den 1980er und 1990er Jahren. Ebenfalls 2000 machte der neugewählte Landeshauptmann (der SP) den Vorsitzenden des Volksgruppenbeirats der burgenländischen Kroaten zu seinem politischen Sekretär.

Wie die drei Volksgruppen auf die Veränderungen in der regionalen Politik reagieren, hängt von bisherigen Erfahrungen, Organisationsstrukturen und rechtlichen Bedingungen der einzelnen Gruppen ab. Die Burgenlandkroaten machten von der Möglichkeit, in den regionalen Regierungsstrukturen zu partizipieren, Gebrauch und können sich die symbolische Anerkennung der kulturellen Diversität im Land zunutze machen. Das wurde durch die bereits bestehenden politischen Organisation und durch die enge Verbindung mit den großen politischen Parteien erleichtert. Auch wenn die Integration in die politischen Parteien widersprüchlich war und ist, so hat die dadurch bedingte Partizipation in Schlüsselpositionen der burgenländischen Politik und Wirtschaft eine erfolgreiche Beteiligung an der Ausarbeitung von regionalen Entwicklungsstrategien ermöglicht. Angehörige der kroatischen Volksgruppe, die ihre Zugehörigkeit nicht verstecken, sind im Rahmen ihrer Stellung auch Entscheidungsträger in Bezug auf die Zielsetzungen der Regionalpolitik und haben Zugang zu EU-Ressourcen. Kroatische Organisationen sind als Projektträger von EU-finanzierten Projekten in Erscheinung getreten.

Im Sinn einer Überwindung sowohl von assimilatorischen als auch von ethnizierenden Tendenzen und im Hinblick auf ein postnationales Diversitätsparadigma, sind die Aktivitäten der multilingualen und multikulturellen Vereine, die in allen drei Teilen des Burgenlands entstanden sind, besonders interessant. So sind die drei Kulturzentren, das OHO (Oberwart) im Süden, die KUGA (Groß Warasdorf) im Mittelburgenland und die Cselley Mühle (Oslip) im Norden, aus Initiativen entstanden, die Teil der sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre waren.

Alle drei Zentren können sehr unterschiedliche Kreise der im Burgenland vertretenen Sprachen ansprechen und haben eine spezielle Bedeutung für die Jugendkultur. Obwohl sie primär im Kultur- und Bildungssektor aktiv sind, konnten sie sich auch mit Erfolg um Entwicklungsprojekte im Rahmen der strukturellen Maßnahmen bewerben und fungieren als Partner in verschiedenen EU-Programmen.

Europäische Integration und Veränderungen rund um die Grenze

Die acht Jahrzehnte, die dem Vertrag von Trianon folgten, haben eine klare Trennlinie zwischen die Grenzgemeinden in Ungarn und Österreich gezogen. Dadurch dass die Grenzen zwischen Österreich und Ungarn bzw. der Slowakei Teil des sogenannten Eisernen Vorhangs waren und ihnen für vier Jahrzehnte die Konnotation anhaftete, zwei ideologisch und wirtschaftlich unvereinbare Systeme zu trennen, rückte das kollektive Gedächtnis an eine gemeinsame Vergangenheit in eine vage Ferne. Die weniger als zwanzig Jahre, die seit dem Ende der Blocklogik verstrichen sind, sind im Vergleich dazu noch immer kurz. Die soziopolitischen Transformationen seit 1989 haben dem Burgenland in gewisser Weise einen zentraleren Platz auf der imaginären politischen Landkarte zugewiesen. Das Burgenland rückte von einer Randposition am 'toten Ende' Westeuropas in die Position einer Transitregion im Herzen eines expandierenden europäischen Raums.

Allerdings ist die Grenze nicht ganz durchlässig, denn sie wurde von einer Kalter-Krieg-Grenze zu einer Schengen-Grenze. Das trägt dazu bei, dass es noch immer ein ausgeprägtes Gefühl dafür gibt, dass die Grenze besteht und dass es Vorbehalte gegenüber einem 'Anderen' auf der anderen Seite gibt. Man könnte sagen, dass es eine Art Umkehrung in der Konnotation gegeben hat: Aus der burgenländischen Perspektive hinderte der Eisernen Vorhang BürgerInnen des Ostblocks daran, ihr Recht auf Bewegungsfreiheit auszuüben, die Grenze war also sozusagen 'auf der anderen Seite'. Die Schengen-Grenze wird heute vielfach als eine Grenze empfunden, die vor potentiell bedrohlicher Migration schützt, die Grenze befindet sich also jetzt 'auf burgenländischer Seite'. Das österreichische Bundesheer leistet neben den Grenzbehörden einen sogenannten Assitenzeinsatz und ist sichtbar präsent entlang der Grenzlinie. Obwohl grenzüberschreitende Kontakte auf offizieller und auf Vereinsebene wesentlich zugenommen haben, sind sie im Alltag der Grenz-Anrainer noch nicht ausreichend entwickelt. Die Öffnung der Grenzen hat zweifellos einen großen Einfluss darauf gehabt, dass die regionale Minderheiten- und Sprachenpolitik neu konzipiert wurden und hat die öffentliche Meinung dahingehend beeinflusst, dass Sprachenlernen und Mehrsprachigkeit als Wert gesehen werden. Dennoch ist hier noch ein langer Weg zu gehen. Vertrauensbildende Maßnahmen, die Bürger – insbesondere junge – von beiden Seiten der Grenze in konkreten Projekten zusammenbringen, könnten dazu beitragen, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von einer abstrakteren politischen Ebene näher zu den Bürgern gebracht wird.

Eine andere grenzüberschreitende Perspektive, in der die im Burgenland lebenden Kroatischsprachigen eine Rolle spielen können, eröffnet sich mit der Annäherung der Balkanregion an die EU. Obwohl das Burgenland keine gemeinsame Grenze mit Kroatien hat, kann die gemeinsame Sprache mit dem Balkanraum interessante Kooperationsmöglichkeiten für beide Seiten ermöglichen.

Strukturelle Entwicklung

Traditionell war das Burgenland eine Region mit einer schwächeren wirtschaftlichen

Entwicklung. Eine hohe Auswanderung innerhalb und außerhalb Österreichs und ein hoher Prozentsatz an Tages- und Wochenpendlern, die nach Wien oder Graz auspendeln, war die Folge. Angehörigen aller drei Minderheiten sind nach wie vor in kleineren Ortschaften und im Primärsektor stärker repräsentiert als Deutschsprachige. Die Trennung zwischen der Provinzhauptstadt Eisenstadt und den lokalen Subzentren einerseits und den kleinen Ortschaften andererseits ist spürbar. Als Österreich 1994 der EU beitrug, wurde das Burgenland zum größten Empfänger von EU-Förderungen. Während der zweiten Periode als Zielgebiet 1 (2000-2006) waren der Ausgleich von regionalen Unterschieden und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen die Hauptziele. Im Rahmen von LEADER und der Budgetlinien INTERREG IIA und PHARE konnte in der bereits seit 1992 bestehenden Kooperation mit den Nachbarregionen in Ungarn eine größere Dynamik ausgelöst werden. 1998 wurde die EUROREGIO West/Nyugat Pannonia gebildet, sie bringt das Burgenland und Regionen in Westungarn rund um Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Zusammenarbeit zusammen. Die Öffnung der Grenze bietet auf Perspektive jenen Orten in Österreich, die von den österreichischen Transportachsen abgeschnitten sind, jedoch historisch gesehen in solche jenseits der heutigen Grenze eingebunden waren, die Möglichkeit einer Annäherung an Subzentren in Ungarn, die vor der Zeit des Eisernen Vorhangs für die Region eine Drehscheibenfunktion hatten. Der Bilingualismus, der auf beiden Seiten der Grenze bis etwa 1948 noch vorhanden war, wird wieder zu einer interessanten Option. Auch die kroatische Volksgruppe hat eine Rolle in der grenzüberschreitenden Kooperation, denn Kroatisch wird zu beiden Seiten der Grenze von Minderheiten in Ungarn und in der Slowakei gesprochen.

Strukturelle Förderungen haben nicht nur der Wirtschaft, sondern auch dem regionalen Selbstvertrauen Auftrieb gegeben und die Entwicklung einer Reihe von Projekten in unterschiedlichen Sektoren begünstigt. Kleinere Vereine und Organisationen (Kleingemeinden und zivile Vereine) haben große Schwierigkeiten, Zugang zu EU-Programmen zu finden. Das ist nicht nur auf Informationsmangel zurückzuführen, sondern auch auf Ängste, sich in Unternehmungen einzulassen, die zu groß für kleine Körperschaften und Vereine sind und zu aufwendig in punkto Verwaltung. Initiativen der Volksgruppen und Aktivitäten, die auf kulturelle Diversität abzielen, sind eher im Bereich der NGOs und der Zivilgesellschaft zu finden. Nur einige wenige konnten in Projekten, in welchen sie die Hauptprojekttäger waren, unmittelbar von EU-Geldern profitieren.

Menschenrechte, Minderheitenschutz und kulturelle Fragen

In der Vergangenheit waren SprecherInnen von Minderheitensprachen in doppelter Hinsicht marginalisiert: als SprecherInnen einer Sprache, die von vielen als eine mit niedrigem Prestige, als archaischer (ländlicher und unmoderner) Code, eine Art Nicht-Sprache, ein Dialekt gesehen wurde, beziehungsweise als SprecherInnen eines 'defizitären' Deutsch, eines Deutsch mit Akzent. Auch wurden die burgenländischen Minderheitensprachen häufig mit dem Ostblock assoziiert, insgesamt erreichten sie keinen hohen Wert am Sprachenmarkt und waren eher unattraktiv für LernerInnen. Die starke Tendenz, die Minderheitensprachen aufzugeben, bzw. ihre Zurückdrängung auf die private Domäne konnten zwar laut letzten Zensus nicht gestoppt werden, doch gibt es Grund zu vorsichtigem Optimismus. Die Zahl der Kinder, die zum zweisprachigen Unterricht angemeldet sind bzw. eine der drei Minderheitensprachen lernen, ist in den letzten Jahren gestiegen. Heute melden zunehmend auch deutschsprachige Eltern ihre Kinder zum zweisprachigen Unterricht

an. Die in den 1990er Jahren verabschiedeten Schulgesetze tragen der wachsenden Mobilität und der Bevölkerungsbewegung insofern Rechnung, als sie den Geltungsbereich des Minderheitenschulwesens auf das gesamte Bundesland ausgedehnt haben. Damit wurden die historischen Territorialgesetze den neuen sozialen Gegebenheiten angepasst. Auch für 'Wochenendburgenländer', deren Kinder Kindergärten und Schulen in Wien besuchen, gibt es Initiativen, bilingualen Unterricht bzw. das Lernen der Minderheitensprachen zu ermöglichen. Seit 1992 sind Kroatisch und Ungarisch auch Unterrichtssprache im Pannonischen Gymnasium in Oberpullendorf, und die Fachhochschule Eisenstadt bietet für Studierende aller Studienrichtungen Kurse in den Minderheitensprachen an. Kritisch ist nach wie vor der Übergang von der Primarstufe (Volksschule) zur Sekundarstufe, wo viele Kinder die Minderheitensprache wieder fallen lassen. Ein weiteres Problem ist der Mangel an ausgebildeten Lehrkräften und an geeigneten Lehrmaterialien. Insbesondere gilt das für Romani, wo trotz des substantiellen Beitrags des Romaniprojekts an der Universität Graz noch viel zu tun bleibt. Die Schulpolitik, die eine Ethnisierung zu vermeiden trachtet, knüpft den Zugang zu den Minderheitensprachen nicht an ein Bekenntnisprinzip und ist damit erfolgreich. Ungarisch hat den Status einer EU-Amtssprache und Bedeutung in der grenzüberschreitenden Kooperation, Kroatisch eröffnet den Zugang zu einem zukünftig wichtiger werdenden Wirtschaftsraum. Dadurch wurde ein allgemeineres Interesse an diesen beiden Sprachen geweckt. Für Romani sind dagegen noch besondere Anstrengungen erforderlich. Auch für andere Domänen als Schule und Bildung sind zusätzliche Anstrengungen nötig, um eine breite Mehrsprachigkeit zu fördern. So ist etwa die Präsenz der Minderheitensprachen in den Medien wenig zufriedenstellend. Im öffentlichrechtlichen Rundfunk machen Programme in diesen Sprachen nur einen geringen Teil der Sendezeit aus. Das viersprachige freie Radio Mora musste schließen, nachdem die Regierung im Jahr 2000 begann, alle Subventionen einzustellen.

Die Sichtbarkeit der Minderheitensprachen und Nachbarschaftssprachen bleibt trotz der Gesetze von 1987, die den Gebrauch von Minderheitensprachen in der Verwaltung garantieren, und der im Jahr 2000 aufgestellten zweisprachigen Ortstafeln gering. Wenn man über die Grenze nach Ungarn schaut, sieht man, dass Deutsch im Straßenbild dort wesentlich präsenter ist als Ungarisch in Österreich. Was ursprünglich wahrscheinlich primär als ein Mittel zur Förderung des kleinen Grenzverkehrs und Einkaufstourismus gedacht war, birgt das Potential, an die bilinguale Vergangenheit der Zeit vor der Ziehung des Eisernen Vorhangs anzuknüpfen. Die Idee, dass sprachliche Diversität ein Bestandteil der europäischen Identität ist, was beispielsweise im Europäischen Jahr der Sprachen 2001 zum Ausdruck gebracht wurde, hat Auswirkungen auf den Status der Minderheitensprachen im Burgenland.

Die Sprachenpolitik ist ein Indikator dafür, dass eine vorsichtige Neuorientierung von einer Assimilationspolitik und einer Minderheitenschutzpolitik hin zu einer Diversitätspolitik stattfindet. Wie weit das direkt mit den EU-Interventionen in Zusammenhang gebracht werden kann, ist schwer zu sagen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Situation der Volksgruppen im Burgenland in den beiden letzten Jahrzehnten gewandelt hat, die Öffnung der Grenze, die regionalen strukturellen Maßnahmen und die allgemeine größere Sensibilität gegenüber der Mehrsprachigkeit haben dazu beigetragen, dass die Haltung zu den burgenländischen Volksgruppen positiver ist.

Vorschläge für Fördermaßnahmen

Aus der Fallstudie ergeben sich folgende Vorschläge:

Im Bereich der strukturverbessernden Maßnahmen und der (wirtschaftlichen) Regionalentwicklung

EU Förderungen für kleinere Projektinitiativen zugänglicher gestalten wäre eine Voraussetzung dafür, dass die Volksgruppen ebenso wie kleinere Landgemeinden mit einem hohen Volksgruppenanteil und Initiativen der Zivilgesellschaft, die im Bereich interkulturelle Kommunikation tätig sind, verstärkt in den Genuss dieser Förderungen kommen.

- Ein Teil des Gesamtbudgets sollte für solche Kleinprojekte reserviert werden
- Beratung für die Planung, Initiierung, das Monitoring und die Evaluation solcher Projekte sollte begleitend zur Verfügung stehen
- Zusatzkosten, die daraus resultieren, dass Projekte multilingual geführt werden, sollten eigens abgedeckt werden
- Initiativen in besonders benachteiligten Gebieten, die bspw. von der Transportinfrastruktur schlecht erschlossen sind, sollten speziell gefördert werden
- Projekte, die Mehrheit und Minderheiten in gemeinsamen Aktivitäten zusammenbringen, sollen sichtbar gemacht werden, damit sie Beispielwirkung entfalten können.

Im Bereich Kulturpolitik

Die Förderung von grenzüberschreitender und translokaler Kooperation erlaubt es, die bi- bzw. multilingualen und die interkulturellen Kompetenzen von SprecherInnen von Volksgruppensprachen als kulturelles Kapital wahrzunehmen. Die Teilnahme von Ungarn und der Slowakei im Schengen-Raum und später wohl auch im gemeinsamen Währungsraum wird dazu beitragen, dass die Grenze auch im Alltag durchlässiger wird und dass der Raum noch stärker als ein gemeinsamer erlebt wird. Die Bedeutung von Ungarisch- und Kroatischkenntnissen für die grenzüberschreitende Regionalentwicklung wird noch klarer zutage treten. Folgende Maßnahmen könnten bereits jetzt getroffen werden:

- Zusätzlich zur Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit auf der regionalen Ebene, auch auf der lokalen Ebene Grenzübergänge schaffen in Gemeinden, die weit von den großen Transportachsen entfernt sind
- An die traditionelle grenzüberschreitende Infrastruktur anknüpfen und Straßen, Wege etc., die benachbarte Dörfer, die heute diesseits und jenseits der Grenze liegen, verbinden, reaktivieren, um eine Annäherung auf der konkreten Ebene des täglichen Lebens zu fördern
- Die Veränderungen, die sich aus der Verlagerung der Schengen-Grenze von der österreichisch-ungarischen Grenze zur ungarisch-ukrainischen Grenze ergeben, mit ausführlicher Information begleiten, um BürgerInnen mögliche Ängste zu nehmen
- Im Bildungsbereich Maßnahmen für grenzüberschreitende Kooperation setzen, die über die Aktivitäten hinausgehen, die durch Programme wie Sokrates bereits abgedeckt sind (bspw. Eröffnung von gemeinsamen bilingualen Schulen in der Grenzregion)

Entwurf und Implementierung eines umfassenden Sprachenplans, der die regionale Mehrsprachigkeit in einer grenzüberschreitenden Perspektive fördert: Der Plan sollte die Volksgruppensprachen (Kroatisch, Romani, Ungarisch) ebenso umfassen wie die Nachbarschaftssprachen (Slowakisch), die Sprachen von

MigrantInnen (Bosnisch/Kroatisch/Serbisch, Türkisch u.a.) und Fremdsprachen. Ziel des Plans ist die Aufwertung und der Ausbau des sprachlichen Kapitals, das in der Region bereits vorhanden ist, die Förderung von individueller und gesellschaftlicher Mehrsprachigkeit. Sprachen werden als eine wichtige gesellschaftliche und kulturelle Ressource gesehen. Folgende Elemente könnten in einem solchen Sprachenplan enthalten sein:

- Schaffung eines Sprachenzentrums (in Kooperation mit Universitäten und anderen Bildungsinstitutionen), das den Sprachenplan koordiniert und seine Umsetzung begleitet; das Zentrum soll Serviceleistungen anbieten (Sprachen- und Übersetzungshotline, Dokumentation, Aufbau einer Datenbank etc.) und allgemein zugänglich sein
- Bilinguale bzw. multilinguale Bildung in der gesamten Region und auf allen Ebenen (Kindergarten, Primar- und Sekundarstufe, berufliche Aus- und Weiterbildung, tertiäre Bildung und Erwachsenenbildung) für alle zugänglich machen; Sprachenlernen auch außerhalb der Schule fördern (insbesondere innovative Zugänge wie Lernpartnerschaften in Tandems, Sprachtourismus ...); Anbieten von Weiterbildungsmodulen für LehrerInnen, die für den zweisprachigen Unterricht qualifizieren
- Unterstützung für Unternehmen, Institutionen und Organisationen bei der Erstellung und Implementierung von für sie angepassten Sprachenplanungen, die die Umstellung auf eine mehrsprachige Tätigkeit erleichtern (z. B. Werbung, PR, Weiterbildung der MitarbeiterInnen)
- Explizit Mehrsprachigkeit (in den Regionalsprachen) als einen Vorteil bei Bewerbungen um Stellen ausweisen (beginnend in der öffentlichen Verwaltung)
- Breite Förderung von sprachlichen und kulturellen Kompetenzen als ein Faktor, um 'creative and cultural industries' zu fördern und neue Berufsmöglichkeiten zu schaffen
- Sichtbarmachen des mehrsprachigen Charakters der Region, indem nicht nur die Ortstafeln, sondern auch andere Aufschriften im öffentlichen Raum mehrsprachig gestaltet werden; vermehrte Präsenz der Sprachen in den regionalen Medien
- Bewertung von Mehrsprachigkeit als einem charakteristischen Merkmal der Region und als einer Chance für den Tourismus und im Aufbau von cultural and creative industries.

Menschenrechte, Minderheitenschutz und kulturelle Diversität

2008, das EU-Jahr des interkulturellen Dialogs, wird eine gute Möglichkeit bieten, interkulturelle Beziehungen und Mehrsprachigkeit in der Region zu fördern, zumal diese EU-Aktivität auch lokale Akteure einbeziehen will. Kultur, Bildung, Jugend, Sport und Citizenship werden Schlüsselbereiche sein (vgl. Entscheidung No 1983/2006/EC des Europäischen Parlaments und des Rates, 18/12/2006).

- Spezielle Förderung von Initiativen, die auf Mehrsprachigkeit und Diversitätskonzepte abzielen, die also nicht nur eine Volksgruppe betreffen, sondern dazu geeignet sind, den Kontakt zwischen verschiedenen Gruppen, zwischen Minderheiten und Mehrheiten zu fördern
- Spezielle Förderung von Projekten, die MigrantInnen miteinbeziehen und die auf die Nichtdiskriminierung von Roma abzielen.